

# Was mich am meisten beschäftigt, ist die fehlende Integrationskraft unserer Volksschule.

Sieben bildungspolitische Thesen von Regine Aepli - Rede am Parteitag vom 12. Juni 2004 in Uster.

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich muss euch sagen, was mich am meisten - noch mehr als die Sparmassnahmen und die Mühsal ihrer Umsetzung - beschäftigt, ist die fehlende Integrationskraft unserer Volksschule. Ich weiss, das habt ihr alle schon mal gehört, als die PISA-Ergebnisse bekannt wurden. Was mich erschüttert, ist, mit welcher Dramatik sie sich am Ende der Volksschule präsentiert.

Gemäss der zürcherischen Bildungsstatistik schaffen im Durchschnitt aller Schulgemeinden nur 27% der ausländischen SchülerInnen aus den klassischen Einwanderungsländern I, E, P und dem Balkan den Übertritt in die Sekundarschule A oder ins Gymnasium. 73% besuchen also die Sekstufen B, C oder eine Sonderklasse. Von den schweizerischen SchülerInnen gehen aber 66% in die Sek A oder ins Langzeitgymmi, also mehr als doppelt so viele. Ebenso unterschiedlich präsentiert sich die Situation beim Uebertritt in die Berufslehre. Von den ausländischen Schulabgängern mit klassischem Migrationshintergrund finden nach dem 9. Schuljahr nur 44% - also nicht einmal die Hälfte - einen Anschluss, von der Schweizern immerhin 74%.

Interessant ist dabei, dass es keineswegs die Schul-Gemeinden mit den grössten Anteilen an ausl. SchülerInnen sind, die besonders schlecht abschneiden, sondern auch solche mit ziemlich homogenen Klassen.

Kinder aus Migrantenfamilien werden aber nicht nur zu wenig gefördert, sie werden auch immer wieder bewusst oder unbewusst diskriminiert - bei Selektionsentscheiden oder bei der Lehrstellensuche. Die Beratungsstelle "Fairness" (NCBI, EKA, KAAZ, HSK-Verein) zeigt anhand von konkreten Beispielen in ihrem neuesten Bericht, wie, wo und auf welchem Hintergrund Jugendliche aus Migrationsfamilien diskriminiert werden.

Diesen Kindern wird schulischer Erfolg in vielen Fällen einfach gar nicht zugetraut. Oft wird ihr schulischer Ehrgeiz von Lehrpersonen sogar ausdrücklich gebremst im Stil: was willst du in der SekA oder im Gymmi? Wie auch andere Studien zeigen, liegt das grösste Problem aber darin, dass diese Jugendlichen zu wenig gefordert werden und/oder nur auf ihre Defizite im Deutsch fixiert werden.

Bei der Lehrstellensuche werden neuerdings fast nur noch SekA-AbgängerInnen gesucht und zwar auch für Berufe wie Coiffeuse oder Maurer, bei denen bisher ein B- oder manchmal auch ein C-Abschluss reichte. Man will damit AusländerInnen fernhalten, darf das aber nicht offen sagen. Oft wird auch der ausländische Name zum Job-Killer. In einem solchen Fall ging eine Lehrstellensuchende sogar bis vor Bundesgericht, denn sie konnte nachweisen, dass sie zwei Tage später zu einem Gespräch eingeladen wurde, als sie sich unter dem Namen Meier oder Müller nochmals auf das gleiche Lehrstellen-Insert meldete. Das Bundesgericht sah das Problem nicht und verneinte die Diskriminierung.

Traditionelle Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien haben zur Integrationsförderung darum auch schon sehr früh ihr Namensrecht liberalisiert. Wer als Milosevic in die USA einreist, kann seinen Namen ohne Umstände in Smith, Jones, Notter oder Naef umwandeln. In der Schweiz herrscht eine total rigide Namensänderungspraxis. Zur Begründung wird auf die Erschwerung der Ahnenforschung verwiesen. Dass bei jedem dritten Schweizer/in die Ahnen im Ausland zu suchen wären, wird aber nie erwähnt.

Eine Deregulierung des Namensrechts würde im übrigen auch die Frauen freuen, die ihren Namen ja immer noch nicht an die Kinder weitergeben können, wenn sie verheiratet sind.

Fazit: Mit der Integration an unseren Schulen steht es nicht so gut - **was tun** ist also die Frage? Ich habe dazu sieben - kurze - Thesen:

## 1. **Wir brauchen mehr Schule, nicht weniger.**

Gemäss Auswertung der Pisastudie weist der Kanton Zürich von allen Kantonen, die an der Untersuchung teilnahmen, die tiefste gesamte Unterrichtszeit, aber auch die tiefste Unterrichtszeit in Sprache aus! Es gibt Kantone, die haben innerhalb der obligatorischen Schulzeit von 9 Jahren bis zu einem Jahr mehr Unterrichtszeit! Auch im Sprachunterricht wird bis zum Doppelten an Unterrichtszeit eingesetzt. Für mich heisst das, wir müssen Kinder mehr fördern, aber auch mehr fordern, nicht weniger.

## 2. **Wir brauchen weniger und eine spätere Selektion,**

das heisst, mehr Integration, mehr Regelklassenunterricht und gleichzeitig mehr individuelle Förderung.

## 3. **Wir brauchen einheitliche Bildungsstandards.**

Die Vielfalt an Lehrzielen, Bildungsplänen und Lehrmitteln in unserem föderalistischen Staatsgebilde ist

eine Zumutung, besonders für diejenigen, die auf Mobilität angewiesen sind.

Die EDK arbeitet jetzt aber mit Volldampf an der Entwicklung von gesamtschweizerischen Bildungsstandards. Die ersten sind für 2006 angesagt - für den Sprachunterricht. Der Zürcher Bildungsrat hat eine breitabgestützte Begleitkommission eingesetzt, um diese Arbeiten zu verfolgen.

#### **4. Wir müssen einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung setzen.**

Der "Sprachenkompromiss" der EDK für frühes Fremdsprachenlernen weist in die richtige Richtung. Die Evaluation der Schulversuche im Kanton Zürich (Schulprojekt 21) hat gezeigt, dass fremdsprachige Kinder dabei nicht benachteiligt sind. Das heisst für mich, dass fremdsprachige Kinder nicht vom Frühenglisch oder Frühfranzösisch dispensiert werden dürfen mit der Begründung, sie seien überfordert. Das sind sie nämlich erwiesenermassen nicht, auch wenn uns das die SVP aus ihrer generellen Abneigung gegen Fremdsprachen und mit ihren Ausgrenzungsstrategien weiss machen möchte. Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind kein Problem - auch in Schwamendingen nicht, wie die Auswertung des Schulversuchs gezeigt hat!

#### **5. Wir brauchen neue Instrumente zur Unterstützung der Lehrpersonen und zur Sicherung der Unterrichtsqualität.**

Im Herbst wird der KR über die zweite Auflage des neuen Volksschulgesetzes beraten. Darin sind die geleiteten Schulen, eine professionelle Schulaufsicht und verbindliche Leistungsstandards als Grundsätze festgehalten. Wenn sich diese Grundsätze im Parlament durchsetzen, und wenn es gelingt, die Mehrheit der Stimmberechtigten davon zu überzeugen, haben wir eine gute Grundlage, die Schulqualität zu sichern und zu verbessern.

Es wird auch mehr gebundene Mittel für belastete, multikulturelle Schulen zur Verfügung stellen. Ich hoffe sehr, dass sich die SP in der zweiten Runde noch aktiver und geschlossen für diese Volksschulreform einsetzen wird.

#### **6. Wir brauchen eine Oberstufenreform.**

Der Run auf die Langzeitgymnasien und die Lehrstellenkrise machen deutlich, dass es im Bereich der Sekundarstufe I und II einiges zu verändern und zu verbessern gibt. Das oberste Motto ist: *Kein Abschluss ohne Anschluss*.

Dass SchulabgängerInnen ohne Ausbildung und berufliche Perspektive aus der Volksschule entlassen werden, kann und darf nicht sein.

Es soll aber auch nicht sein, dass Eltern aus Angst davor ihre Ersparnisse in die Vorbereitungskurse von Privatschulen investieren, damit ihre Kinder den Übertritt ins Gymnasium schaffen.

Genau so wenig ist es die Meinung, dass Banken und Versicherungen statt Lehrlingen Maturanden anstellen und ausbilden.

Wir müssen uns darum mit der Oberstufe und mit den Übergängen zur Berufsbildung befassen. Einfache Lösungen gibt es auch da nicht, aber mit ein paar pragmatischen Verbesserungen möchte der Bildungsrat nächstes Jahr mindestens einen Anfang machen.

Meine letzte These ist schlicht, aber der Schlüssel für eine gute Schule und für ein friedliches Zusammenleben in der Zukunft:

#### **7. Wir dürfen und müssen Kinder gern haben -**

als Eltern, als Lehrerin und Lehrer, als Lehrmeister/in, aber auch als PolitikerInnen. Wenn eine Gesellschaft den Kindern die nötige Wertschätzung entgegenbringt, dann wird sie auch in die Ausbildung der Lehrkräfte investieren und diesen mit Respekt und Hochachtung begegnen. Dann wird sie dafür sorgen, dass Kinder ihr Potential entfalten können und gefördert und nicht abgeschoben werden. Dann wird sie alles daran setzen, dass Kinder schon früh lernen miteinander umzugehen und Mütter und Väter bei ihrer Erziehungs- und Betreuungsaufgabe unterstützen und entlasten.

SP Kanton Zürich, Freitag, 29. Januar 2010

[Druckvorschau Seite weiterempfehlen](#)